

Stadt Bramsche

Protokoll
über die 1. Sitzung des Ausschusses f. Schule u. Kultur
vom 29.11.2016
Mensa der Hauptschule Bramsche, Heinrichstr. 7, 49565 Bramsche

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Rainer Höveler

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Annegret Christ-Schneider

Frau Bianka Grauert

Frau Anke Hennig

Frau Anette Marewitz

Frau Silke Schäfer

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Imke Märkl

Frau Dagmar Völkman

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Dieter Sieksmeyer

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Josef Riepe

Lehrervertreterin

Frau Anke Wittemann-Gowert

Elternvertreter

Frau Daniela Heise-Görtemöller

Gäste

Frau Sandra Castrup

Frau Barbara Otte-Becker

Herr Fabian Schröder

Frau Gisela Spengler

Frau Martina Westerkamp

Verwaltung

Herr Wolfgang Furche

Frau Ruth Große-Brauckmann

Herr Christian Müller

Frau Stefanie Uhlenkamp

Frau Judith Wagner
Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführer

Herr Helmut Langelage

Abwesend:

Beginn: 18:00 Ende: 21:20

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche
- 4.1 Antrag SPD Fraktion - Prüfung auf Erhaltung eines vielfältigen Schulangebotes in Bramsche durch Einrichtung einer Oberschule WP 16-21/0033
- 4.2 Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Antrag auf Durchführung einer Elternbefragung an den Bramscher Grundschulen WP 16-21/0049
- 4.3 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche (Verwaltungsvorlage) WP 16-21/0048
- 5 Kooperationsvertrag zum Museum Bersenbrück des Landkreises Osnabrück WP 16-21/0050
- 6 Antrag der Grundschule Hesepe auf Zustimmung zur Einrichtung eines Ganztagsangebotes ab dem Schuljahr 2017/18
- 7 Informationen
- 8 Anfragen und Anregungen
- 9 Einwohnerfragestunde

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Höveler eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Frau Christ-Schneider beantragt den Tagesordnungspunkt 5 als Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen, da die zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladene Vertreterin der Landesschulbehörde, Frau Westerkamp, aufgrund anderer Termine erst später in die Sitzung kommen kann. Frau Märkl beantragt, bei der bestehenden Tagesordnung zu bleiben.

Vors. Höveler lässt über die Änderung der Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7 x dafür, 6 x dagegen

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche

TOP 4.1 Antrag SPD Fraktion - Prüfung auf Erhaltung eines WP 16-21/0033
vielfältigen Schulangebotes in Bramsche durch
Einrichtung einer Oberschule

Frau Christ-Schneider verliert den Antrag ihrer Fraktion gemäß der Beschlussvorlage WP 16-21/0033.

Die Abstimmung erfolgt im Rahmen des Tagesordnungspunktes 4.3.

TOP 4.2 Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Antrag auf WP 16-21/0049
Durchführung einer Elternbefragung an den Bramscher
Grundschulen

Herr Sieksmeyer stellt den Antrag seiner Fraktion gemäß der Vorlage WP 16-21/0049 vor.

Die Abstimmung erfolgt im Rahmen des Tagesordnungspunktes 4.3.

TOP 4.3 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche WP 16-21/0048
(Verwaltungsvorlage)

EStR Willems stellt klar, dass der Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0048 die im Fall einer positiven Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion erforderlichen weiteren Verfahrensschritte beinhaltet.

Frau Castrup erläutert, dass die Hauptschule in Bramsche mit ihrem Schwerpunkt der Berufsorientierung eine hervorragende Arbeit leiste, jedoch aufgrund des Images der Hauptschulen und der sinkenden Schülerzahlen perspektivisch gesehen vor einer schwierigen Aufgabe stehe. Im

Falle eines Wegfalls der Hauptschule, fänden diese Schüler ihrer Meinung nach nur in einer Oberschule eine adäquate Berücksichtigung. Da langfristig gesehen neben der IGS Bramsche nicht genügend Schüler für die Haupt- und Realschule blieben, sei es sinnvoll, die guten Konzepte dieser beiden Schulen zusammenzulegen um eine gute Schule in Form einer Oberschule daraus erwachsen zu lassen. Eine Oberschule biete gute Kooperationsmöglichkeiten für die Haupt- und Realschule, z.B. zwischen Wahlpflichtkursen oder im Bereich des Ganztagsunterrichtes und Sports. Sowohl Eltern als auch das Kollegium der Hauptschule wünschen sich eine schnelle Umsetzung der Einrichtung einer Oberschule, um Klarheit und Planungssicherheit für Eltern, das Kollegium und Schüler zu erhalten.

Frau Otte-Becker führt aus, dass der Schulvorstand der Realschule im vergangenen Jahr einen klaren Beschluss gegen die Einrichtung einer Oberschule gefasst habe. Mit einer Anmeldezahl von etwa 60 Schülern jedes Jahr gehe sie von einer stabilen Dreizügigkeit ihrer Schule aus und betont, dass die Realschule eine Schulform sei, welche angewählt und in Bramsche gewünscht würde. Der Bestand der Realschule werde derzeit durch den Umzug in ein anderes Schulgebäude und der Tatsache, dass die Realschule als funktionierende Schulform „am Tropf der Hauptschule hänge“, bedauerlicherweise gefährdet.

Frau Westerkamp stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Schulform der Oberschule vor und beantwortet weitere Fragen in der anschließenden Diskussion.

Frau Christ-Schneider erläutert, dass die SPD-Fraktion bereits mit der Einführung der IGS in Bramsche die Gründung einer Oberschule befürwortet hätte, um auf die sinkenden Schülerzahlen beider Schulen zu reagieren und ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben. Die favorisierte Oberschule sei die ideale Fortführung beider Schulen unter einem Dach mit der Möglichkeit aller Schulabschlüsse wie bisher. Sowohl die Haupt- als auch Realschule würden über ausgefeilte Profile verfügen und gut miteinander harmonieren. Im Stadtelternrat seien die Argumente ausgiebig erörtert worden und die Oberschule mit 15 Ja-Stimmen zu vier Enthaltungen und einer Gegenstimme befürwortet worden. Eine Elternbefragung würde die Umsetzung der Einrichtung einer Oberschule weiter verzögern und sei nicht notwendig. Bereits 2013 habe es eine Elternbefragung gegeben, worin 20 % der Eltern ein Interesse an einem Oberschulen-Besuch des Kindes bejaht und 43 % der Eltern diesen in Erwägung gezogen hätten.

Frau Märkl möchte ausdrücklich auf den künstlich erzeugten Zeitdruck hinsichtlich der Einrichtung eines zweiten integrativen Schulangebotes in Form einer Oberschule in Bramsche hinweisen. Sie merkt an, dass es Ende 2014 einen Beschluss zum Erhalt der Haupt- und Realschule gegeben habe und die Verwaltung aufgefordert worden sei, ein tragfähiges Konzept zur Weiterentwicklung der beiden Schulformen zu schaffen. Dies sei nicht geschehen. Die CDU-Fraktion kritisiere die auf dem Antrag der SPD-Fraktion basierende Verwaltungsvorlage, da keine ergebnisoffene Prüfung stattgefunden habe. Des Weiteren beklagt Frau Märkl das Informationsdefizit und bemängelt, dass keine grundlegende Elterninformation stattgefunden habe. Infolge dessen wäre das Votum des Stadtelternrates gegebenenfalls anders ausgefallen. Sie schätze die Meinung des Stadtelternrates, betont jedoch, dass die Personalkonferenz, der Schulvorstand und die Schulleiterin der Realschule sich klar für den Erhalt der Realschule ausgesprochen hätten und diese Stimmen ebenso gewichtig seien. Frau Märkl verweist auf die Städte Melle, Delmenhorst und Celle, wo Oberschulen errichtet worden seien an Standorten, wo es eine IGS und ein Gymnasium gebe. Die Oberschulen hätten sich an diesen Standorten aufgrund anderer attraktiverer Schulangebote als nicht lebensfähig erwiesen. Sie stelle sich die Frage, weshalb eine so gut funktionierende Realschule geschlossen werden solle und stellt diese Entscheidung als eine ohne Not, aber mit großen Konsequenzen dar. Sie halte es für eine falsche Entscheidung, nur noch integrative Schulsysteme in Bramsche vorzuhalten. Kooperationsmöglichkeiten könnten auch ohne die Zusammenlegung zu einer Oberschule zwischen der Haupt- und Realschule bestehen. Sie stelle sich die Frage, weshalb keiner Elternbefragung zugestimmt werden könne und in der Eile über den Elternwillen hinweg entschieden werden müsse.

Sie gibt zu bedenken, dass der neue fünfte und sechste Jahrgang der Realschule ab dem kommenden Schuljahr den Standort in dem Gebäude an der Heinrichstraße beziehen und somit eine große Herausforderung auf die Lehrer und Schüler zukommen werde. Eine gleichzeitig stattfindende inhaltliche Neuorganisation wäre für diesen Personenkreis eine weitere Belastung.

EStR Willems weist den Vorwurf, die Verwaltung habe keine ergebnisoffene Prüfung vorgenommen, deutlich zurück. Ein von der SPD-Fraktion gestellter Antrag auf ergebnisoffene Prüfung sei von der CDU-Fraktion im vergangenen Jahr ausdrücklich abgelehnt worden. Jetzt müsse die Verwaltung aufzeigen, welche weiteren Verfahrensschritte einem Beschluss über den Antrag auf Einrichtung einer Oberschule gegebenenfalls folgen müssten. Außerdem habe Frau Castrup die heutige schwierige Situation von Hauptschulen am Existenzminimum geschildert. Im Übrigen stelle sich die Frage, wie der Erhalt und die Stärkung der Hauptschule aussehen sollen. Die Verwaltung könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Hauptschule trotz anerkannt guter Arbeit so wenig Zuspruch bekomme.

Frau Wittemann-Gowert betont, dass sowohl die Haupt- als auch Realschüler in der Wirtschaft nachgefragt würden und kritisiert eine mögliche Abschaffung dieser Schulformen in Bramsche. Des Weiteren befürworte sie die Durchführung einer Elternbefragung, um den Elternwillen zu ergründen.

Frau Castrup empfindet die einseitige Positionierung der Lehrervertreterin Frau Wittemann-Gowert zur Erhaltung der Realschule als unangemessen. Sie mahnt an, nicht nur mit den Lehrern der Realschule, sondern mit allen Lehrern Rücksprache zu halten und die Interessen aller Schulen zu vertreten.

Herr Riepe erklärt, dass er mit der Einrichtung einer Oberschule kaum eine Veränderung sehe, da dort ebenfalls der Realschulabschluss erworben werden könne. Der Wirtschaft sei es egal, ob ein guter Real- oder Oberschüler ausgebildet werde. Ein Schulsystem müsse so ausgerichtet sein, wie die Gesellschaft es benötige. Seiner Meinung nach müsse es respektiert werden, wenn sich der Stadtelternrat mit nur einer Gegenstimme für die Oberschule ausspreche. Eine Elternbefragung sei aufgrund der Tatsache, dass z.B. Eltern mit Migrationshintergrund nicht unbedingt daran teilnahmen, nicht aufschlussreich. Seine Fraktion unterstütze den SPD-Antrag.

Herr Sieksmeyer verweist auf die zwei in den letzten drei Jahren durchgeführten Elternbefragungen des Landkreises Osnabrück, um das Interesse der Erziehungsberechtigten an den weiterführenden Schulen zu ermitteln. Nachdem sich nur ein geringer Prozentsatz für die IGS ausgesprochen habe, sei es die nachhaltige Forderung der Grünen und der SPD gewesen, eine zweite Elternbefragung durchzuführen, welcher der Landkreis Osnabrück als Schulträger zugestimmt habe. Aufgrund dessen habe sich ein klarer Elternwille zur IGS artikuliert. Herr Sieksmeyer erwarte nun von der Stadt Bramsche als Schulträger, dass eine Elternbefragung stattfinde, bevor eine so schwerwiegende Entscheidung in Bezug auf die Bramscher Schullandschaft getroffen und die Einrichtung einer Oberschule mit nur einer Einstimmen-Mehrheit befürwortet werde. Er drängt dazu, die Elternbefragung durchzuführen.

Frau Staas-Niemeyer stellt klar, dass die FDP-Fraktion eine Koalitionsvereinbarung mit der SPD-Fraktion geschlossen habe, sich jedoch bei dem Thema „Schulentwicklung“ nicht mit dem Koalitionspartner einig sei. Es sei festgehalten worden, unverzüglich und in interfraktionellen Gesprächen zu einer einvernehmlichen Lösung bis zur Ratssitzung kommen zu wollen. Diese Gespräche hätten nicht stattgefunden, stattdessen sei der Antrag der SPD auf Einrichtung einer Oberschule eingegangen. Sie führt aus, dass es nach Abschaffung der Haupt- und Realschule keine Schulvielfalt mehr in Bramsche geben würde. Die Anmeldezahlen der Realschule seien trotz der momentanen Unsicherheiten und der neuen Schulform der IGS steigend. Dieser eindeutige Elternwille dürfe nicht unbeachtet bleiben. Die Wahlfreiheit der Eltern wäre mit der Schaffung zweier

integrativ arbeitender Schulangebote mit zwei unterschiedlichen Schulträgern vorbei. Der Stadtelternrat habe sich für eine schulzweigbezogene Oberschule ausgesprochen, jedoch entscheide die Schule letztlich, ob die Oberschule schulzweigbezogen oder jahrgangsbezogen geführt werde. Die FDP-Fraktion lehne daher den Antrag der SPD-Fraktion strikt ab und plädiere für den Erhalt von Haupt- und Realschule. Der Antrag der Grünen, eine Elternbefragung durchzuführen, werde unterstützt, da es ein enormes Informationsdefizit der Eltern gebe und es Aufgabe der Stadt sei, zu informieren. Zudem sei die Entscheidung zu weitreichend, um sie auf die Schnelle durchzusetzen.

Frau Völkmann macht deutlich, dass ein attraktives und qualifiziertes Schulangebot in Bramsche für die Wirtschaft und Familien wichtig sei. Die SPD wolle dieses Angebot reduzieren unter Vorgabe des Erhalts der Hauptschule und der Realschule, welche gar nicht gefährdet sei. Stattdessen solle eine weitere integrative Schulform in Bramsche etabliert werden. Die Oberschule werde im Antrag der SPD als einzige Alternative zur IGS dargestellt, obwohl sich diese beiden Schulformen in pädagogischer und fachlicher Sicht kaum unterscheiden würden. Der Umzug der kommenden Realschuljahrgänge in das Gebäude an der Heinrichstraße sei Fakt und binde viel Kraft, eine gleichzeitige Umstrukturierung in eine andere Schulform beinhalte eine ungleich höhere Belastung. Außerdem kritisiere sie die im SPD-Antrag getätigte Prognose eines Qualitätsverlustes, wenn die Hauptschule und die Realschule in Bramsche erhalten blieben. Der Antrag der Grünen sei unbedingt zu unterstützen, da es bisher keine Informationsveranstaltungen zur Konzeption gegeben habe. Es sei unklug, voreilig zu handeln ohne die Fragen zur Perspektive überhaupt gestellt haben zu können. Aufgrund dessen appelliere sie an alle Stimmberechtigten, sich ihrer demokratischen Mitverantwortung zu besinnen und dem Antrag der Grünen auf eine Elternbefragung an den Bramscher Grundschulen zuzustimmen.

Frau Christ-Schneider verweist auf die Planungsgruppe, welche letztlich entscheiden werde, ob eine Oberschule schulzweig- oder jahrgangsbezogen geführt werde. Im Stadtelternrat sei über eine mögliche Elternbefragung gesprochen worden. Die Eltern hätten sich aufgrund des Zeitverlustes gegen eine Befragung ausgesprochen. Es ginge der SPD nicht darum, Schulen zu zerstören, sondern vielmehr die Haupt- und Realschule in Form einer Oberschule zu erhalten.

Frau Marewitz stellt klar, dass der im Antrag der SPD erwähnte mittelfristige Qualitätsverlust auf die eingeschränkten Kursangebote, welche von einer kleineren Schulform zwangsläufig angeboten würden, zurückzuführen sei. Des Weiteren werde die Arbeit an einer Oberschule nicht schlechter sein, da mit den bereits vorhandenen Lehrkräften, welche gute Arbeit leisteten, weitergearbeitet werden würde.

BGM Pahlmann bedankt sich für die engagierte Diskussion. Er verweist auf die Tatsache, dass ab dem nächsten Schuljahr die Haupt- und Realschüler bereits unter einem Dach räumlich vereint seien. Außerdem könne die erfolgreiche Arbeit beider Schulen ebenso gut in einer Oberschule weitergeführt werden. In einer Planungsgruppe, der Vertreter beider Schulen angehören würden, werde ein Konzept für die Oberschule erarbeitet. Es werde Klarheit und Ruhe in der Schullandschaft benötigt, um den Eltern Sicherheit zu geben und eine Akzeptanz des Ergebnisses zu finden.

Vors. Höveler lässt über die Vorlagen in der nachfolgenden Reihenfolge abstimmen.

Abstimmungsergebnisse:

über die Vorlage WP 16-21/0049: 6 x dafür, 7 x dagegen

über die Vorlage WP 16-21/0033: 7 x dafür, 6 x dagegen

über die Vorlage WP 16-21/0048: 7 x dafür, 6 x dagegen

TOP 5 Kooperationsvertrag zum Museum Bersenbrück des WP 16-21/0050
Landkreises Osnabrück

Herr Schröder vom Landkreis Osnabrück stellt das Museum Bersenbrück und den Kooperationsvertrag zum Museum Bersenbrück des Landkreises Osnabrück anhand einer Präsentation vor.

EStR Willems verdeutlicht, dass über die vereinbarte ideelle Unterstützung sowie die zwischen den Museen übliche Kooperation bei Ausstellungen und Projekten hinaus, keine finanziellen oder personellen Beiträge in Aussicht gestellt werden könnten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür.

TOP 6 Antrag der Grundschule Hesepe auf Zustimmung zur
Einrichtung eines Ganztagsangebotes ab dem Schuljahr
2017/18

Herr Furche erläutert, dass es bislang keine Vorlage zu dem Tagesordnungspunkt gebe, da der Antrag der Grundschule Hesepe auf Einrichtung einer offenen Ganztagschule erst am 23.11.2016 eingegangen sei. Die Grundschule Hesepe beantrage mit einem einstimmigen Beschluss des Schulvorstandes und der Gesamtkonferenz, ab dem Schuljahr 2017/2018 ein Ganztagsangebot einzurichten. Dafür sei eine Einvernehmenserklärung des Schulträgers erforderlich. Vor etwa drei Wochen habe eine Informationsveranstaltung bezüglich der Möglichkeiten einer Ganztagschule für die Grundschulen stattgefunden, welche noch über kein Ganztagsangebot verfügten (Hesepe, Epe, Ueffeln und Achmer). Bisher erfolge an diesen Schulen eine Nachmittagsbetreuung über Tagespflegepersonen, welche gegenüber einem schulischen Ganztagsangebot als nachrangig anzusehen sei. Derzeit liefe noch eine Elternabfrage seitens der Schule, um den Bedarf an einem Ganztagsangebot genauer einzuschätzen. Es werde etwa mit 20 Schülern im kommenden Schuljahr gerechnet. _____

—
Frau Märkl teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstütze, wenn der Bedarf festgestellt worden sei und die Schule und Eltern den Schritt befürworteten.

Herr Riepe schließt sich dem an.

Da der Ausschuss den Antrag grundsätzlich unterstützt, wird vorgeschlagen, eine entsprechende Vorlage unmittelbar dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 7 Informationen

EStR Willems teilt mit, dass das von dem ehemaligen Schulleiter der Realschule verfasste und Ende letzten Schuljahres an die Landesschulbehörde geschickte Schreiben, in welchem schwerwiegende Vorwürfe gegen die Verwaltung erhoben wurden, von der Landesschulbehörde geprüft worden sei. Die Landesschulbehörde habe mit einem Schreiben ausdrücklich bestätigt, dass die damals erhobenen Vorwürfe unbegründet und haltlos seien. Das Schreiben werde dem Protokoll beigefügt.

TOP 8 Anfragen und Anregungen

Vors. Höveler merkt an, das in einer Sitzung des Stadtelternrates im Sommer von den Elternvertretern negativ über die Umsetzung des Themas Inklusion berichtet worden sei. Eine Meinung bzw. Stellungnahme der Bramscher Schulleiter, wie sie die Situation der Inklusion einschätzen, sei zur nächsten Sitzung wünschenswert.

Des Weiteren regt Vors. Höveler an, jede Schule mindestens einmal innerhalb der aktuellen Wahlperiode zu besuchen. EStR Willems teilt mit, dass die früher durchgeführten Schulbereisungen, in denen es vorwiegend um baulichen Unterhaltsbedarf der Schulgebäude ging, heute nicht mehr angezeigt seien und schlägt vor, stattdessen Sitzungen des Ausschusses in den verschiedenen Schulen abzuhalten. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu, die Schulen zu besuchen. In welcher Form dies stattfinden solle, werde noch geklärt.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Herr Hasemann fragt nach, ob es sich in dem Brief des ehemaligen Schulleiters der Realschule um eine persönliche Äußerung oder die Meinung des Schulvorstandes gehandelt habe.

EStR Willems erwidert, dass er in seiner Eigenschaft als Schulleiter Stellung genommen habe. Er habe sich darauf berufen, dass diese Stellungnahme von dem Schulvorstand gestützt werde. In diesem Zusammenhang betont er nochmals, dass es sich um unwahre Behauptungen gehandelt habe.

Herr Mielke möchte gerne wissen, wie viele Bramscher Schüler die Oberschule in Neuenkirchen besuchen. Herr Furche teilt mit, dass etwa zehn Schüler im vergangenen Jahr die Oberschule besucht hätten.

Herr Hügelmeyer erkundigt sich, wie viele Lehrerstunden im Rahmen der Inklusion wirklich erteilt würden. Herr Furche gibt an, dass seitens der Verwaltung eine Abfrage gemacht werden könne.

Pahlmann
Bürgermeister

Rainer Höveler
Vorsitzende

Helmut Langelage
Protokollführer